

Klagen statt Knüppel

UMWELT In der Lobau stellen sich seit einer Woche Umweltschützer den Bohrmaschinen in den Weg. Was anfangs als harmloses Hainburg-Revival galt, könnte nun zum Gerichtsfall werden. INGRID BRODNIG



Sie nehmen Urlaub und verbringen die Nacht im Zelt: Umweltschützer verhindern Bohrungen der Asfinag / Foto: K. Gossow

Ich würd die Namen von denen aufschreiben, und das hat dann Konsequenzen", erklärt eine Anrainerin aus Groß-Enzersdorf, die ihr Einkaufswagen durch den örtlichen Billa schiebt. Sie hat die Nase voll von den Aubesetzern und möchte, dass der Tunnel unter der Lobau endlich gebaut wird. „Wenn's eine Meinungsumfrage machen, sagt der Großteil hier dasselbe wie ich“, ist sie sich sicher und schüttelt nur den Kopf über die „ausländischen Berufsbesetzer“.

Nicht weit vom Billa liegt der Nationalpark Lobau. Ein Wachmann des Sicherheitsdienstes „Group 4“ passt auf eine Bohrmaschine der Straßenbaugenossenschaft Asfinag auf. Neben ihm zelten ein paar Aktivisten. Ob die, wie auch schon Bürgermeister Michael Häupl sagte, tatsächlich „international tätige Berufsdemonstranten“ sind? „Bis jetzt hab ich noch kan Dolmetscher 'braucht', scherzt der Wachmann. Fast alle Demonstranten stammen aus dem Großraum Wien. Die Mahnwache in der Au, die im November so nett mit Zeltlager und Hupfburg begann, entwickelt sich zum Härtefall. Die gut dreißig Aktivisten wollen so lange vor den Bohrmaschinen zelten, bis die Asfinag ihre Probeboh-

rungen aufgibt. Sie sind notwendig, wenn bis 2015 ein Tunnel unter dem Nationalpark durchführen soll – er ist ein essenzieller Teil der geplanten Wienumfahrung.

Von den Bohrmaschinen rücken die Aktivisten keine Sekunde ab. Rückhalt bekommen sie von lokalen Bürgerinitiativen sowie Umweltorganisationen wie Greenpeace, Global 2000 und Virus. „Wir haben ein Problem mit dem Klimawandel, wir haben ständige Überschreitungen der CO₂-Werte. Und was hat die Politik für eine Antwort? Wir bauen eine Autobahn!“, schimpft Erwin Mayer, Energieexperte von Greenpeace. In einer Zeit, in der die Ölreserven zur Neige gehen, fordern die Umweltschützer ein Umdenken in der Verkehrspolitik (siehe Falter 45/06). Und weil sie sich im Recht sehen, brechen sie dieses womöglich: Sie verhindern die erlaubten Bohrungen der Asfinag und widersetzen sich einem demokratisch beschlossenen Projekt. Ist diese Selbstjustiz in Ordnung?

Verfassungsrechtler Heinz Mayer bezweifelt das: „Es kann schon Fälle geben, wo man sich gegen die Rechtsordnung zur Wehr setzen soll. Etwa wenn etwas wirklich so riskant für die Umwelt ist. Hier würde ich es

aber nicht so sehen.“ Die Aktivisten haben nicht einmal die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, ehe sie auf die Barrikaden stiegen. Denn die Probebohrungen der Asfinag dienen nicht nur der Planung des Tunnels – sie ermöglichen auch erst eine ordentliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP): Diese soll klären, ob der Tunnel vertretbar ist.

Im Zeltlager am Rande der Lobau zeigen sich einige alte Hasen aber von der UVP enttäuscht. „Die UVP ist kein Prozess, wo ich mich als Umweltschützer ernst genommen fühle“, meint etwa Energiesprecher Erwin Mayer. Er erzählt von den Tricks der Betonierer: Da würden Straßen nicht nach ihrer Gesamtbelastung betrachtet, sondern häppchenweise als harmlos dargestellt. „Wenn der Staat seine Bürger nicht schützt, müssen wir aktiv werden“, erklärt der Aktivist rigoros. Aber könnte man mit demselben Argument nicht gegen jede Straße aufbegehren? „Kann man eh“, meint Mayer, „wir sind ja auch fast gegen jede neue Straße.“

Fred Sinowatz



„Eine Imitation ohne Spontanität. Hainburg ist nicht wiederholbar“

Der zivile Ungehorsam kommt als härteste Waffe aber nur selten zum Einsatz. „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, hieß es auch 1984 in Hainburg. Damals verstießen die Demonstranten gegen einige Rechtsnormen. Am 19. Dezember schickte die Politik die Exekutive los – die Bilder von prügelnden Polizisten führten zu einem öffentlichen Aufschrei. Der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) musste schließlich vom geplanten Donaukraftwerk ablassen. „Die Geschichte ist nicht wiederholbar“, meint Sinowatz heute, „es ist eine Imitation ohne die Spontanität, die es damals gab, und ohne den Grund.“

Als schonende Lösung sieht die Stadt Wien den Tunnel unter der Lobau – und verspricht eine Verkehrsentlastung. Es könne nicht sein, dass sich 35 Leute gegen den Willen von Millionen stellen, erklärte Bürgermeister Häupl. Einen Polizeieinsatz schloss er aber strikt aus. „Er macht das ganz richtig“, meint Parteikollege Sinowatz. Die Wiener Opposition fordert hingegen Law and Order. „Am Ende kann das auch heißen: Polizei“, meint VP-Obmann Johannes Hahn. Und während FPÖ und BZÖ sich darum zanken, wer härter vorprescht, stellen sich einzig die Grünen hinter die Robin Hoods aus der Lobau: So erklärte die Frontfrau der Wiener Grünen, Maria Vassilakou, der *Presse*: „Wenn es ernst und gewünscht wird, schlafe ich dort.“

Die Auseinandersetzungen in der Lobau haben gerade erst begonnen. Ein zweites Hainburg wünscht sich aber auch die Asfinag nicht. Wahrscheinlicher als ein Polizeieinsatz mit Wachhunden und Knütteln sind rechtliche Sanktionen. Die Straßenaugenossenschaft prüft momentan Klagen – und droht den Besetzern mit

bis zu 9000 Euro Schadenersatz pro Tag. „Ich hab da schon ein mulmiges Gefühl“, räumt eine junge Demonstrantin ein. Wenn sie nicht auf der Uni sitzt, büffelt die Studentin in der Lobau. Daran will sie so schnell aber nichts ändern: „Ich glaube nicht, dass ich bei einer Klage alleine dastehen würde.“

Auch beim Billa in Groß-Enzersdorf gibt es Menschen, die die Besetzer als Helden sehen. „Hut ab“, meint eine ältere Dame im Pelzmantel. „Ich habe ja schon selbst überlegt, dort zu übernachten. Aber ich bin auch nicht mehr die Jüngste.“ Stattdessen kauft sie den Besetzern jetzt eine Mehlspeise. □